

## Sonderprüfer für HVB gewählt

Minderheitsaktionäre erzielen auf Hauptversammlung Teilerfolg

Von Simone Boehringer

**München** – Die Aktionäre der HypoVereinsbank (HVB) müssen ihre Aktien abgeben und erhalten dafür eine Zwangsabfindung. Wie in einer Teilausgabe der SZ vom Donnerstag berichtet, fassten die Anteilseigner einen Squeeze-out-Beschluss auf der zweitägigen Marathon-Hauptversammlung am späten Mittwochabend. Das Abstimmungsergebnis von 98,77 Prozent spiegelte dabei im Wesentlichen die Meinung des Hauptaktionärs Unicredit wider, der zuletzt mehr als 95,45 Prozent der HVB-Aktien hielt.

In einem wichtigen Punkt setzten sich jedoch die Minderheitsaktionäre, die noch 4,55 Prozent der Anteile hielten, durch: Die Bank wird einen sogenannten besonderen Vertreter bekommen, der klären soll, ob Unicredit sich beim Einverleiben und anschließenden Umstrukturieren der einst zweitgrößten deutschen Bank Sondervorteile zu Lasten der Minderheitsaktionäre verschafft hat. Eine entsprechende Beschlussvorlage wurde am Mittwochabend mit 93,31 Prozent der Stimmen angenommen.

Diese überwältigende Mehrheit kam zustande, weil Unicredit in diesem speziellen Fall laut Aktiengesetz nicht mitstimmen durfte. „Sollte der besondere Vertreter zu dem Ergebnis kommen, dass die HVB-Aktionäre benachteiligt worden wären, kann er Schadensersatz vom Hauptaktionär fordern und auch eine neue Bewertung der HVB durchsetzen“, erklärte Stefan ten Doornkaat von der Schutzgemeinschaft der Kapitalanleger. „Die bisherigen Squeeze-out-Gutachten wären damit Makulatur.“

## Aufklärung erhofft

Doornkaat hatte vor zwei Jahren beim Mobilfunkanbieter Mobilcom zur möglichen Schadensersatzpflicht des Hauptaktionärs France Télécom die Bestellung eines solchen besonderen Vertreters erwirkt – der bisher einzige nennenswerte Präzedenzfall vor der HVB. Der gewählte besondere Vertreter der HVB, Rechtsanwalt Thomas Heidel, hatte noch am Mittwochabend bei dem Aktionärstreffen seine Hoffnung auf kooperative Zusammenarbeit mit der HVB-Führung zum Ausdruck gebracht. Die Initiatoren des Antrags, eine Investorengruppe um die Beteiligungsgesellschaft Allerthal-Werke, erhoffen sich von Heidel „eine Aufklärung über mögliche Vermögensschäden im Zuge der Übernahme der HVB durch Unicredit“, sagte Allerthal-Vorstand Georg Issels der SZ.

Für Thomas Heidel stimmte unter anderem auch der Verein zur Förderung der Aktionärsdemokratie, gegründet vom Würzburger Betriebswirtschaftsprofessor Ekkehard Wenger. Dieser hatte bei dem Aktionärstreffen eine Strafanzeige gegen Vorstand und Aufsichtsrat wegen Untreue angekündigt. Die Organmitglieder hätten Optionen auf Unicredit-Aktien erhalten, ohne dass es einen Beherrschungsvertrag gebe. „Kein Wunder, dass das Management dann Interesse an einer möglichst billigen Abfindung der HVB-Aktionäre hat“, so Wenger. Die Bank hatte den Aktionären 38,26 Euro je Anteil geboten. In einer 19-stündigen Generaldebatte hatten Anleger für eine Aufbesserung plädiert und teilweise gerichtliches Vorgehen gegen den „billigen Rausschmiss“ angekündigt.



Heftige Kritik gab es auf der Hauptversammlung an Unicredit-Chef Alessandro Profumo (links) und Wolfgang Spriffler, dem Vorstandsvorsitzenden der HVB.  
Foto: dpa